

Rede
der stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprecherin für
Wissenschaft, Kultur und Innovation

Dr. Silke Lesemann, MdL

zu TOP Nr. 33

Erste Beratung
Aufstieg durch Leistung - Chancen für alle: für eine
nachhaltige, zukunftsorientierte Hochschulpolitik

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/8490

während der Plenarsitzung vom 19.02.2021
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrtes Präsidium! Meine Damen, meine Herren!

„Aufstieg durch Leistung - Chancen für alle: für eine nachhaltige, zukunftsorientierte Hochschulpolitik“ - so lautet der Titel des FDP-Antrags. Wer schon länger hier im Landtag ist, den wird diese Schwerpunktsetzung der Liberalen doch etwas überraschen. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Debatten, die wir zur Abschaffung der Studiengebühren geführt haben. Hier war es besonders die FDP, Herr Grascha, die sie verteidigt hat, und das nicht nur in Niedersachsen, sondern auch anderswo.

Fakt ist: Das Studium hatte vor der Abschaffung durch die rot-grüne Landesregierung 2014 noch viel weniger mit Leistung zu tun als heute.

Bis dahin mussten nämlich alle Studierenden mindestens 500 Euro pro Semester zusätzlich zahlen. Da klingt es ziemlich merkwürdig, wenn Sie schreiben, dass Sie die Verwaltungskostenbeiträge reduzieren wollen, die derzeit 75 Euro betragen.

Manchmal habe ich gedacht: Mensch, der Herr Alt könnte doch eigentlich auch in der SPD sein! Mit seinen Ansichten gehe ich in vielen Punkten konform.

Das Thema ist wichtig. Das Ziel, das Sie aufgerufen haben, ist richtig. Denn noch immer entscheidet in Deutschland die soziale Herkunft über den Bildungserfolg. Arbeiterkinder, Studierende der ersten Generation oder aus Nichtakademikerfamilien - sie alle verbindet der Sonderstatus, sowohl in ihren Familien als auch an den Hochschulen.

Sie haben die Zahlen genannt: Weniger als 21 Prozent aus dieser Gruppe beginnen ein Studium. Unter den Akademikerkindern sind es 75 Prozent. Weiterhin scheitern viele Studienwünsche nicht nur am Geld, sondern auch am mangelnden kulturellen Kapital. Akademischer Habitus oder persönliche Netzwerke fehlen. Auch deshalb wird Bildung in Deutschland noch immer überdurchschnittlich stark sozial vererbt.

Diese Nachteile auszugleichen, kann nicht nur Aufgabe privater Vereine wie beispielsweise ArbeiterKind.de sein, die im Übrigen auch über unsere politische Liste gefördert werden, sondern muss strukturell angegangen werden. Die konsequente Förderung von Chancengleichheit und der Abbau von Benachteiligungen müssen - das ist eigentlich eine Binsenweisheit - bereits im Kleinkindalter und dürfen nicht erst im Studium beginnen.

Im Detail konzentriert sich der Forderungskatalog der FDP-Fraktion auf die Milderung der Auswirkungen der Corona-Pandemie durch Maßnahmen in Land und Bund. Die noch immer fortdauernde Pandemie ist für viele Studierende eine

Belastungsprobe. Obwohl die Hochschulen und die Lehrenden immense Anstrengungen für das Studieren unter gänzlich veränderten Bedingungen unternommen haben, ist der Studienverlauf für etliche beeinträchtigt bzw. verzögert.

Ich möchte hier nur zu einigen Punkten Stellung nehmen und beginne mit den Forderungen, die sich an die Bundesebene richten.

Überlebt hat sich die Forderung nach einer Verlängerung der Überbrückungshilfe. Vor wenigen Tagen - ich meine, am 12. Februar - ist die bisher bis März befristete Maßnahme durch den Bund nahtlos bis zum Ende des Sommersemesters 2021 verlängert worden.

Die Forderung nach Änderungen bei der BAföG-Beantragung - Herr Alt, das wissen Sie - trifft grundsätzlich natürlich auch bei der SPD auf Zustimmung. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesbildungsministerin schon mehrfach dazu aufgefordert, beim BAföG einen Notfallmechanismus einzuführen, um Studierende bei der Finanzierung von Lebenshaltungskosten und bei der Miete zu unterstützen. Studierende in Notlagen brauchen schnelle und vor allen Dingen unbürokratische Lösungen.

Übrigens fordert die SPD schon lange, dass das BAföG mehr jungen Menschen zur Verfügung stehen muss.

Es kommt nämlich nicht mehr in der Mitte der Bevölkerung an. Die Zahl der Geförderten geht seit Jahren zurück. Über die Anhebung der Freigrenze beim Elterneinkommen muss dabei natürlich auch nachgedacht werden.

Meine Damen, meine Herren, im auf das Land bezogenen Forderungsteil beziehen Sie sich auf etliche Dinge, die direkt in der Obliegenheit der Hochschulen - Stichwort Hochschulautonomie - liegen.

Wir haben uns bereits seit Beginn der Pandemie regelmäßig über den Umgang der Hochschulen mit Aspekten von Forschung und Lehre im Ausschuss unterrichten lassen und dazu auch Beschlüsse gefasst. Außerdem sind bereits etliche Mittel an die Hochschulen geflossen, um Onlinelehre und Digitalisierung voranzubringen. Sie haben sicherlich gemerkt: Gestern ist eine Anfrage von Kollegin Viehoff beantwortet worden. Daraus können Sie auch noch verschiedene Erkenntnisse ziehen. - Aber wir werden uns natürlich im Zuge der Beratungen unterrichten lassen und hören, ob es noch Nachbesserungen geben muss.

Meine und unsere Zustimmung hat die Forderung nach einer Erweiterung der individualisierten Regelstudienzeit um ein weiteres Semester.

Mittlerweile haben mehrere Bundesländer - Sie haben sie aufgeführt - die Regelstudienzeit um zwei Semester verlängert bzw. ausgesetzt. Da die BAföG-Bezugsdauer an die Regelstudienzeit gekoppelt ist, wäre hier eine rasche Entscheidung im Sinne von Planungs- und Finanzsicherheit für die Studierenden wichtig. Es wäre problematisch, wenn bei einer eigentlich bundeseinheitlichen Förderung länderspezifische Unterschiede gemacht würden und Studierende in Niedersachsen schlechtergestellt werden würden. Unsere Lösung deckt derzeit drei Semester ab. Aber eine noch adäquatere Lösung wäre ja auch sinnvoll.

Einige Maßnahmen fallen aber auch in den Bereich der Hochschulautonomie. Die FDP muss hier erklären, ob sie den Hochschulen nun vorschreiben will, wie sie beispielsweise ihre Prüfungen durchführen sollten. Auch die Öffnungszeiten der Hochschulbibliotheken zu kritisieren, führt ins Leere; denn wissenschaftliche Bibliotheken haben in Niedersachsen seit Beginn der Pandemie einen Sonderstatus erhalten, damit der akademische Betrieb fortgesetzt werden kann.

Meine Damen und Herren, ich bin gespannt, welche Lösungen wir im Zuge der Beratungen finden werden, und freue mich darauf, bei der FDP auch einen Mitstreiter für sozialdemokratische Positionen gefunden zu haben.

Danke schön.